

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 3.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
••••• der Freien Stadt Danzig •••••
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreise: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bef. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 5.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2345. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 7200.

Nr. 52

Donnerstag, den 3. März 1921

12. Jahrgang

Heute Entscheidung in London

Die Beantwortung der deutschen Gegenanschläge.

London, 2. März. Die nächste Vollsitzung der Konferenz unter Teilnahme der deutschen Delegation findet Donnerstag mittag 12 Uhr im St. Jamespalast statt.

London, 2. März. Ueber die heutige Nachmittagsitzung der Alliierten wird folgender amtlicher Bericht ausgegeben: Die Alliierten haben beschlossen, die Deutschen für morgen mittag 12 Uhr in den St. Jamespalast einzuladen. In der Sitzung wird der deutschen Delegation die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenanschläge mitgeteilt werden.

London, 2. März. Wie der Sonderberichterstatter der Agence Havas berichtet, äußerte Briand bei seiner Rückkehr von der heutigen Nachmittagsitzung ihm gegenüber, den Deutschen würde morgen mittag die einstimmige Entscheidung der Alliierten mitgeteilt werden. Er lehnte es ab, vorher irgendwelche Mitteilungen zu machen.

London, 2. März. Reuter meldet: Auf der heutigen Nachmittagskonferenz herrschte unbedingte Uebereinstimmung sowohl mit Bezug auf die deutschen Gegenanschläge als auch auf die Folgen. Die Sitzung war von großer Bedeutung.

Paris, 2. März. Nach einer Meldung des Londoner Sonderberichterstatters von Havas soll in der heutigen Mittagsitzung der alliierten Delegationen der Schahminister Chamberlain im Namen der wirtschaftlichen und Finanzkommission eine Darlegung verlesen haben, die die deutschen Gegenanschläge untersucht und ihre Unannehmbarkeit beweist. Fromageot habe die Schlussfolgerungen der juristischen Kommission und Marshall Koch die der militärischen Sachverständigen vorgetragen. Nachdem die Sachverständigen den Sitzungssaal verlassen hatten, haben die Regierungschefs unter sich weiter verhandelt. Die finanziellen Sachverständigen seien um 3 Uhr zu einer Beratung wieder zusammengekommen.

London, 2. März. (Reuter. Amtlicher Konferenzbericht.) Die Führer der alliierten Delegationen versammelten sich mittags, um den Bericht ihrer juristischen und wirtschaftlichen Ratgeber zu hören. Sodann beriet die Konferenz mit Feldmarschall Foch und Marshall Wilson und anderen militärischen Sachverständigen. Die Konferenz wird ihre Beratungen heute nachmittag 5 Uhr wieder aufnehmen.

London, 2. März. Reuter veröffentlicht ergänzend folgendes Communiqué: Wie bereits gestern angekündigt, traten die juristischen und finanziellen Sachverständigen der Alliierten heute morgen 10 Uhr zusammen, um die Maßnahmen zu erwägen, die angesichts der Haltung Deutschlands in der Reparationsfrage ergriffen werden sollen. Zu gleicher Zeit fand eine stark besetzte Sitzung im Schahpalast unter dem Vorsitz von Chamberlain statt, auf der Finanz- und Wirtschaftsfragen erörtert wurden. Hier waren die Finanzsachverständigen Großbritanniens, Frankreichs, Japans und Italiens versammelt. Lord d'Abernon und Sir John Bradburn und andere nahmen daran teil. Die französische Delegation war besonders zahlreich vertreten.

London, 2. März. Wie der „Star“ mitteilt, glaubt man, daß es sicher ist, daß den deutschen Delegierten eine Gelegenheit gegeben werden wird, ein anderes Angebot zu unterbreiten, bevor die Konferenz abgebrochen wird.

Berlin, 3. März. Der „Berl. Volksanz.“ betont erneut, daß wir fest bleiben müssen auch angesichts der Drohungen der Entente. Das Blatt gibt die Äußerungen dreier sozialistischer Führer wieder, des früheren Staatssekretärs Dr. August Müller, des Vorstandsmitgliedes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Heinrich Köppler und des Reichsarbeitsministers a. D. Rudolf Wissell, die alle drei darin übereinstimmen, daß Deutschland nicht mehr auf seine jetzt schwachen Schultern nehmen könne, als was es den Alliierten anbiete. Wissell weist darauf hin, daß die Verluste in Deutschland um mehr denn 100 Prozent mehr Opfer fordere, als je zuvor. Allein aus dieser Last könne man die geringe Leistungsfähigkeit Deutschlands ablesen. Uns auf ein Menschenleben und mehr hinaus in ein Sklavenleben hineinzupressen, wie es die Pariser Beschlüsse vorsehen, dazu können uns keine Drohungen bringen. Durch Gewaltanwendung werde jeder Trieb zur Erfüllung gerechter Leistungen geradezu getötet.

Auch der „Vorwärts“ wiederholt im Namen der Arbeiterschaft, die seit beinahe sieben Jahren Furchtbares erduldet habe, die sich aber mit der äußersten Energie gegen ihre buchstäbliche Verflanzung und Aushungerung wehre, daß die Pariser Beschlüsse undiskutierbar seien.

Ueber die Haltung der rheinischen Arbeiterschaft schreibt die sozialistische „Rheinische Zeitung“: Möge die Entente nunmehr ihre Sanktionen anwenden, wir im Rheinland wissen, daß diese Sanktionen uns in erster Linie treffen werden. Wir erwarten kühl, was uns bevorsteht. Wir wissen, daß die Forderungen der Entente aus der deutschen Arbeiterklasse herausgeholt werden sollen. Dementsprechend wird auch der Widerstand der Arbeiterklasse sein.

London, 2. März. Reuter erfährt aus französischen Kreisen, daß folgende Sanktionen auferlegt werden sollen, falls Deutschland die Forderungen der Alliierten zurückweist: Erhebung einer 50% igen Abgabe auf deutsche nach alliierten Ländern eingeführte Waren, Errichtung einer Zollschranke, die das linke Rheinufer wirtschaftlich von übrigen Deutschland trennt, Besetzung der deutschen Kohlenhäfen auf dem rechten Rheinufer und schließlich als letztes Mittel Beschlagnahme der deutschen Balle.

Paris, 1. März. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet, das Hauptergebnis der Nachmittagsitzung der alliierten Vertreter sei der einstimmige Beschluß gewesen, keine weiteren Darlegungen der Deutschen über ihre Gegenanschläge anzunehmen, die einstimmig als unannehmbar und sogar als indiskutabel erachtet worden seien. Loucheur, Gaspar und Theunis hatten zuerst erklärt, die von den deutschen Vertretern vorgeschlagene Entschädigungssumme betrage nicht mehr als 52 Milliarden Goldmark! Da die Deutschen von der Summe von 30 Milliarden Goldmark, die sie noch zahlen wollten, 8 Milliarden vernichteten, würde dies die Belastung Deutschlands noch bedeutend verringern. Als Rinsfuß hatten die Deutschen 8 Prozent angenommen, weil dies für ihre Berechnung vorteilhafter sei, als ein solcher von 5 Prozent. Die Deutschen hätten den Wert der ausgelieferten Handelsstoffe mit 7 Milliarden Mark angegeben, während die Summe nach alliiertem Schätzungen nur 700 Millionen Mark betrage. Die Vorschläge betrafen die internationale Anleihe hatten die Rechner als für Deutschland günstig für Deutschland bezeichnet wegen der an diese Anleihe geknüpften Bedingungen. Die an letzter Stelle ausgeführten Bedingungen, besonders über Oberschlesien, seien als unverfüllte Verleugnung des Friedensvertrages bezeichnet worden, ebenso die Vorschläge auf Leistung der Zahlungen in natura.

Die Legitimationskarten für die Abstimmung in Oberschlesien.

Oppeln, 2. März. Die interalliierte Kommission gibt folgendes unter dem 2. März bekannt: 1. Es wird in Erinnerung gebracht, daß die Personen der Kategorie A nur nach Vorzeigung der roten Legitimationskarte, die Personen der Kategorie C nur nach Vorzeigung ihrer Wahlkarte und der grünen Legitimationskarte zur Abstimmung zugelassen werden. 2. Die Aufmerksamkeit der Interessenten wird auf die Notwendigkeit hingelenkt, durch die zuständige Gemeindeverwaltung jede Ungenauigkeit in ihren Legitimationskarten berichtigten zu lassen, die sich auf Angaben über ihren Namen, Vornamen, Alter und Geburtsort beziehen, sowie in den Legitimationskarten für diejenigen Personen der Kategorie C jede Ungenauigkeit betreffend das Datum des Eintreffens im Abstimmungsgebiet. 3. Es wird außerdem in Erinnerung gebracht, daß jede Person, die bei der Abstimmung entweder eine andere Legitimationskarte als diejenige, die ihr zusteht, oder eine falsche Legitimationskarte gebrauchen würde, den in Artikel 38 der Abstimmungsabrede festgelegten Strafen ausgesetzt ist, die sich auf Angaben über ihren oder beide Strafen zusammen) unterliegt.

Oppeln, 2. März. Von den zur Sicherung der Abstimmung bestimmten englischen Truppen ist heute eine Abteilung in Stärke von 500 Mann im Abstimmungsgebiet eingetroffen.

Streik der Hamburger Hafenarbeiter.

Wie das „Tageblatt“ aus Hamburg meldet, haben die Hafenarbeiter in Hamburg-Altona wegen Ablehnung des von ihnen geforderten Zuschlaglohnes von 10 Mk. pro Tag gestern die Arbeit niedergelegt. Der Hafenbetrieb ruht fast vollkommen.

Frauen als Schöffen und Geschworene.

Im deutschen Reichstag ist gestern der Antrag der Unabhängigen auf sofortige Zulassung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenentum in namentlicher Abstimmung mit 170 Stimmen der Linksparteien gegen 126 Stimmen der Rechtsparteien und des Zentrums (einschl. der weiblichen Abgeordneten dieser Parteien) bei 7 Stimmenthaltungen angenommen worden.

Das deutsche Gutachten über die Pariser Wiederautmachungsbeschlüsse

Berlin, 1. März. (M. T. S.) Das Gutachten der Sachverständigenkommission über die wirtschaftlichen Wirkungen der Pariser Beschlüsse zehlt zunächst die bekannten Reparationsforderungen der Alliierten auf und betont demgegenüber, die Belastung mit einer Annuität von sechs Milliarden Goldmark würde die deutsche Bevölkerung mit 100 Mk. Gold oder mit 1000 Mk. Papier pro Kopf und Jahr treffen. Die Steuerbelastung in Deutschland beträgt heute bereits 500 Mk. Papier gegen 300 Frankenpapier in Frankreich. Sie würde auch, wenn keinerlei weitere Lasten hinzukämen, bei einer Annuität von sechs Milliarden auf 1500 Mk. Papier steigen, während die Steuerkraft im ganzen erheblich geschwächt worden ist. Eine Mehrbelastung von 1000 Mk. Papier würde das Belastungsverhältnis in Deutschland auf 41 vom Hundert gegenüber über 12,5 vom Hundert in Frankreich steigern, ohne den Zuschlag von 12 vom Hundert der Ausfuhr.

Zahlung von Land zu Land ist möglich: 1. durch Anweisung von Zahlungsmitteln, 2. durch Ueberweisung von Guthaben, Wertpapieren und dergleichen, 3. durch Dienste und Arbeitsleistung für fremde Volkswirtschaft, 4. durch Kredite, 5. durch Warenausfuhr.

Zahlung durch deutsche Umlaufmittel verbietet sich für Deutschland, weil die Gläubiger von ihnen nicht in entsprechendem Umlaufgebrauch machen können, und weil diese Umlaufmittel sich bei ihrer beständigen Vermehrung fortwährend entwerten. Auch die unter Ziffer 2 bis 4 aufgeführten Zahlungsarten sind, wie im einzelnen begründet wird, nicht anwendbar.

Es bleibt sodann nur der Weg der Güterausfuhr. Diese kann sich jedoch weder auf die für den notwendigen Konsum bestimmten Rohstoffe und Produkte, noch auf die im Laufe der Jahresrente gezeichneten durch Ausverkauf stark gelichteten Produktionsmittel und Geräte erstrecken. Sie muß sich beschränken auf die Ausfuhr des Produktionsüberschusses, d. h. der Differenz zwischen Erzeugung und lebensnotwendigem Verbrauch. Nur aus dem Ueberschuß einer auf sparsamsten Eigenverbrauch eingestellten Volkswirtschaft läßt sich nach Begleichung der Einfuhrrechnung Zahlung in der geforderten Art leisten.

Die deutsche Handelsbilanz ist passiv. Der Einfuhrüberschuß von 1920 wird mit mindestens 2,5 Milliarden Goldmark anzunehmen sein.

Noch ungünstiger ist die Zahlungsbilanz. Die Summe der deutschen Jahresleistungen ausschließlich der Reparationsleistungen wird für den Dauerzustand auf 1 1/2 Milliarden geschätzt. Sodann hat das deutsche Volk mindestens 4 Milliarden Goldmark jährlich zu Ausgleich des passiven Saldo an das Ausland abzuführen.

Vor aller Reparation muß demnach das deutsche Volk, um das Gleichgewicht herbeizuführen, nicht nur seine Handelsbilanz mit 2 1/2 Milliarden Goldmark gleichstellen, sondern darüber hinaus noch 1 1/2 Milliarden Goldmark Einfuhrüberschuß erzielen. Die Forderungen der Alliierten setzen eine Handelsbilanz voraus, die in den kommenden Jahren einen weiteren von 2 auf 6 Milliarden Goldmark steigenden Ueberschuß ergibt. Dazu kommt die 12 prozentige Abgabe, die im Laufe der Zeit eine steigende Milliardenbelastung ausmacht.

Deutschland kann seine Handelsbilanz verbessern durch Beschränkung seiner Einfuhr. An fremden Luxusgütern mögen sich über 2 Milliarden Goldmark ersparen lassen; dadurch werden aber für das Reich große Einnahmequellen unerschöpflich, auf deren Ausbau gerade die Sachverständigen der Alliierten mehrfach hingewiesen haben. Einschränkender noch ist die Beschränkung der Importen alliierter und neutraler Länder. Geht Deutschland noch einen Schritt weiter und schlicht Fertigwaren, soweit dies der Versailles Friedensvertrag überhaupt zuläßt, von der Einfuhr aus, so wird der heute schon fühlbare Widerstand der ausfuhrbildenden Länder, unüberwindlich.

Am schlimmsten aber ist, daß die ohnehin schwer geschädigte Gesamtkaufkraft der Welt noch tiefer sinken würde.

Ersparnis an Nahrungsmitteln ist infolge der Ernährungskrisis unmöglich. Zur normalen Ernährung der Bevölkerung müssen ausländische Nahrungsmittel, Futtermittel und Düngemittel im Werte von 11 Milliarden Mark Gold eingeführt werden. Ein Einfuhrüberschuß an Gütern wäre dann freilich überhaupt nicht mehr zu erzielen. Die Einschränkung im Nahrungsmittelverbrauch des deutschen Volkes, wie sie seit Jahren besteht, kann, wenn es nicht gelingt, die trotz aller Gegenwirkung sich geltend machende Tendenz, von der intensiven zur extensiven Wirtschaftsweise überzugehen, wieder zurückzudrängen, mithin auf lange Zeit hinaus nicht gemildert werden, obgleich sie Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes bedroht.

Ersparnis an Industrieprodukten im inländischen Verbrauch ist ebenso wenig möglich, da alle Produktionsanlagen heruntergewirtschaftet sind und andererseits der Verbrauch der Bevölkerung an den notwendigsten Gütern für Bekleidung und Ausstattung auf ein Mindestmaß gesunken ist. Vielmehr ist unübersehbar eine gesunde Erneuerung von Gerätschaften und Bekleidungsartikeln schon aus gesundheitlichen Gründen unabwendbare Notwendigkeit.

Die Handelsbilanz kann also nur in bescheidenem Maße durch Einsparungen und Einfuhrbeschränkungen, stärker nur durch Steigerung der Produktion und der Ausfuhr verbessert werden. Die landwirtschaftlichen Erträge können nur ganz allmählich steigen, so daß mit einer Minderung des Einfuhrbedarfes in den ersten Jahren nicht zu rechnen ist. Sodann kann der gesamte Einfuhrüberschuß zunächst und hauptsächlich nur von der Industrie aufgebracht werden.

Ueber die bisherigen Entscheidungen der Verteilungskommission.

erhalten wir folgende amtliche Mitteilung: Die Interalliierte Kommission für die Verteilung der Staatsgüter...

Dazu erfahren wir noch, daß der Stadt Danzig die folgenden Grundstücke mit dem darauf befindlichen beweglichen Inventar...

Berhandlungen über den Danziger Wiedergutmachtungsschuldenanteil in Paris.

Gegenwärtig finden in Paris bei der Finanzabteilung der Wiedergutmachtungskommission Verhandlungen statt zur Festlegung des Schuldenanteils...

Die neue Zigarettensteuer.

Der Steuerauschuß des Volkstages verabschiedete das Zigarettensteuergesetz und beschloß, einem Antrage unserer Genossen gemäß...

§ 1. Der § 2 Absatz 1 Ziffer 1, 2 und 3 des Zigarettensteuergesetzes in Verbindung mit Artikel III des Gesetzes betr. Erhebung der Tabakabgaben vom 12. Juni 1906 wird aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt.

Table with 4 columns: Item description, Senate proposal, Request, and Request number. Lists cigarette taxes for various quantities.

§ 2. Für Zigarettenpapier, -Hüllen und -Blättchen, mit Ausnahme der zur gewerblichen Verarbeitung bestimmten...

§ 3. Dieses Gesetz tritt mit der Verkündung in Kraft.

§ 4. Die Oberzolldirektion der Freien Stadt Danzig wird einwirken mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt. Unsere Genossen erklärten im Ausschuß...

Die nächste Volksversammlung findet am Sonntag, den 6. März nur für die Bewohner der inneren Stadt statt.

Die Wasserversorgung des Dorots Laental erfolgte bisher ausschließlich durch Privatbrunnen der Hauseigentümer.

Die Danziger Arbeitslosigkeit. Am 28. Februar waren arbeitslos: männliche 5168, weibliche 527; offene Stellen: männliche 2, weibliche 69.

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten hielt am Montag seine Mitgliederversammlung der Sektionen Köhler und Köche ab.

Arbeiterbeschwerden ein festes Zufassen noch immer vermissen lassen.

Verurteilung zu sechs Monaten. Der Soldat Wilhelm Reim in Danzig verbot die Verweigerung in den Schulen...

Vollzeitsbericht vom 2. März 1921. Verhaftet: 12 Personen, darunter: 1 wegen Schererei, 1 wegen Unterschlagung...

S. P. D. Parteinachrichten.

Genauere. Am Freitag, den 4. März, abends 6 1/2 Uhr, im Lokal Rangler, Feldstraße, Cessantische Volksversammlung...

Filmschau.

Die Modernen Kunst-Bildspiele. Langjahr bringen ein „großes“ Programm. Der Film „Napoleons letzte Liebe“ nimmt das größte Interesse für sich in Anspruch.

Standesamt vom 3. März 1921.

Todesfälle: Wertmeister a. D. Johann Berndt, 69 J., 9 M. — Witwe Henriette Henschel geb. Rehsberg, 77 J. — L. des Mechanikers Hermann Schwarzkopf, 25 J. — Witwe Marianne Patoc geb. Schimmertowelt, 73 J., 7 M. — S. des Malers Artur Justus, 1 M. — Gräber Ernst Bernide, 27 J. —

Letzte Nachrichten.

Die deutschen Gegenvorschläge abgelehnt.

Unmittelbar vor Redaktionsschluss traf bei uns die nachfolgende Meldung ein:

London, 2. März. Der Sonderberichterstatter der „Agence Havas“ glaubt, in der Lage zu sein, über das von den alliierten Vertretern unterzeichnete Abkommen folgende Einzelheiten geben zu können:

- 1. Die deutschen Vorschläge werden als unannehmbar erklärt. 2. Das Pariser Abkommen muß die Grundlage der Besprechungen bleiben, wobei wohlgerneht die beiden beteiligten Parteien sich über die Durchführungsbedingungen verständigen können. 3. Die deutsche Abordnung wird vor eine Dilemma gestellt, um ihre Annahme des Abkommens vom 29. Januar zurückzugeben. 4. Falls sich die deutsche Abordnung weigern sollte, zu unterzeichnen, so würden die Alliierten zwei rheinische Kohlenhöfen besetzen. Wenn Deutschland weiterhin bei seiner Unwilligkeit beharrt, müßte es außerdem von wirtschaftlichen Strafmaßnahmen betroffen werden, wie z. B.: 1. Erhebung der Hälfte des Zolls auf den Verkauf Deutschlands im alliierten Ausland. 2. Errichtung einer besonderen Zollverwaltung, welche das linke Rheintal vom jetzigen Deutschland abtrennt, und zwar unter Aufsicht der Reparationskommission.

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Bolae, für den Danziger Nachrichtenrat und die Unterhaltungsbeilage Fritz Weber, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Gwert in Elba. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

Danziger Stadttheater.

„Im Gasthof zum Schwanen.“

Lustspiel in vier Aufzügen von Paul Caer.

Der Schauspieler Heinz Brede hat gestern abend in einem Extempore eine in dem kleinen udermärktischen Landstädtchen Prenzlau gastierende Wanderkomödiantentruppe mit dem Danziger Stadttheater auf eine Stufe gestellt.

Es ist schwer, das Gemisch von Stumpfheit und Ueberheit, das uns hier als Handlung entgegentritt, zu charakterisieren. Das winzige Minimum von Idee würde gerade für einen flotten Charakter von allenfalls halbständiger Dauer ausreichen.

Der Baron Lorenz von Gentili hat eine Fürstertochter geheiratet und mit ihr eine wunderschöne Hochzeitsreise nach Italien und ein paar seltsame Fittlerwochen verbracht. Später teilt eine gewisse Ernüchterung und Entfremdung zwischen den beiden Ehegatten ein.

Stil werden. Die Spielleitung von Heinz Brede machte daraus jedoch eine Posse, deren Plaktheit und Grobschickigkeit auf die Nerven fiel. Ihm ist vermutlich die Hauptcharakterdarstellung wie Jenny v. Weber und Karl Kiewer Karikaturen vor uns hinstellten, deren Fädelheit einem den kalten Anglistenwahn auf die Stirn treiben konnte, von dem andern Epischendarstellern wie Gustav Nord, Wilhelm Wertheim und den übrigen, die am besten ungenannt bleiben, ganz zu schweigen.

Für die Rolle der Demoselle Frenzag verfügt unser Theater über keine geeignete Darstellerin. Es ist überhaupt erstaunlich, daß in unserm so zahlreichen Schauspielpersonal manche Fächer ganz unbefestigt geblieben sind, und hier sind für die Zusammensetzung unsers Ensembles für die kommende Spielzeit noch manche Wünsche offen geblieben.

Kammermusik.

Der gelungene von der Konzertagentur Hermann Van veranstaltete Kammermusik-Abend brachte den überraschenden Anblick des, wenn auch nicht ausverkauften, so doch stark gefüllten Schopenhauer-Saales.

Das „Klingler-Quartett“ ist in Danzig alljährlich froh begrüßt. Bieten doch diese vier Künstler: Prof. Karl Klingler, Fridolin Klingler, Richard Gebner und Max Waldner wohl das Vollendetste, was heute auf dem Gebiete der Kammermusik geleistet wird.

Die Wiedergabe durch das Meisterquartett war über Lob und Kritik erhaben. Man vermag schnell die geschwätzig-haltgebildete, aber zahlungskraftige Nachbarschaft, das kitschige ordinäre Publikum und den nicht einmal abgedumfelten Saal und war bald ganz im Rausch dieser Musik. Solche Abende sind für die Berufsritik Feiertage. Der Beifall war stark und von innen kommend. W. D.

